

Auszug aus der Niederschrift zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 02.12.2020

Öffentlicher Teil

TOP . Mitteilungen

Herr Goldbach nimmt Bezug auf die übersandten Unterlagen in Bezug auf die Stellung des Jugendhilfeausschusses.

Er wolle diese Informationen dahingehend ergänzen, dass die Verwaltung gerade für die neuen Mitglieder, aber auch für alle anderen interessierten Mitglieder zu Beginn des nächsten Jahres unter Berücksichtigung der Corona-Situation einen Termin anbieten könne, in dem die wichtigsten Themen in komprimierter Form präsentiert würden. Es solle vorgestellt werden, an welcher Stelle man in Hagen in den Bereichen Kinderschutz, Kita-Versorgung, erzieherische Hilfen, Kinder- und Jugendarbeit und Projekten stehe. Die Jugendhilfeplanung sei in allen Feldern enthalten. Er gehe davon aus, dass man für eine solche Präsentation drei bis vier Stunden benötigen werde. Er schlage vor, über Frau Hogrebe eine kurze Abfrage an die Ausschussmitglieder zu schicken, wer an einer solcher Veranstaltung teilnehmen wolle. Er denke, dass eine solche Info-Veranstaltung über den aktuellen Stand für neue Mitglieder durchaus interessant und hilfreich sein könnte.

Weiterhin nimmt Herr Goldbach Bezug auf das Projekt der Martin-Luther-Kirche, bei dem man mit einer großzügigen Landesförderung eine fünf-gruppige Kita eingebaut habe. Der Stadt Hagen sei in den vergangenen Tagen ein Nachbewilligungsbescheid über 1,25 Millionen Euro zugegangen. Über diese zusätzliche Förderung freue man sich sehr.

Man habe der Presse in den vergangenen Wochen entnehmen können, dass es in den letzten Wochen Probleme bei einer Kita gegeben habe, die sich in der Trägerschaft einer Elterninitiative befinde. Es seien unterschiedliche Angaben über Erziehungsstil, Kindeswohlgefährdung etc. in der Einrichtung gemacht worden und es seien auch Strafanzeigen gestellt worden. Er wolle in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass kraft Gesetzes das Landesjugendamt für die Betriebserlaubnis und die Erteilung eventueller Auflagen zuständig sei. Das Landesjugendamt sei hier aktiv und beziehe das Jugendamt mit ein in den aktuellen Informationsstand. Das Jugendamt habe allerdings in diesem Verfahren keine aktive Rolle inne und könne auch keine Sachverhalte ermitteln. Man müsse jetzt das Ergebnis der Ermittlung der Strafanzeigen abwarten. Es gebe Auflagen und Nachfragen des Landesjugendamtes gegenüber dem Träger.

In der nächsten Woche finde ein Gespräch in Münster beim Landesjugendamt statt, an dem auch der zuständige Abteilungsleiter Herr Hannusch teilnehmen werde. Man habe Gespräche mit den Eltern geführt und stünde natürlich zur Verfügung, wenn Beratungsbedarf bestehe oder Hilfestellungen benötigt würden.

Über die tatsächlichen Vorwürfe könne man keine Einschätzung vornehmen. Das sei nicht die Aufgabe des Jugendamtes.

Frau Keller erinnert daran, dass der Rat der Stadt Hagen im letzten Jahr beschlossen habe, dass Hagen der europäischen Städtekoalition der Städte gegen Rassismus beitrete. Das sei so umgesetzt worden.

In diesem Jahr habe eine internationale Konferenz in Bologna stattgefunden, bei der die Stadt Hagen das Projekt „Hagen reloaded“ vorgestellt habe. Man sei dabei in einer Arbeitsgruppe mit den Städten Berlin, Köln und Athen gewesen. Sie sei der Meinung, dass das eine Erwähnung im Jugendhilfeausschuss wert sei.

Herr Reinke bittet Herrn Goldbach, etwas zu der Besetzung der offenen Stellen im Kinderschutz zu sagen.

Herr Goldbach weist darauf hin, dass die beiden neuen Kolleginnen heute anwesend seien. Sie wollten sich orientieren, wie ein solcher Ausschuss mit dem Thema umgehe. Am heutigen Vormittag habe man bereits eine erfolgreiche Veranstaltung „Kinderschutzforum“ durchgeführt. Ein externer Referent habe zu der Fragestellung „Kinderschutz versus Datenschutz“ Stellung genommen und das Thema gut aufbereitet. Der medizinische Bereich sei zahlreich vertreten gewesen. Man sei sehr froh darüber, dass man die offenen Stellen mit den beiden Kolleginnen Frau Nursai und Frau Manietta habe besetzen können.

Herr Reinke begrüßt die beiden neuen Kolleginnen des Kinderschutzes und wünscht ihnen viel Erfolg bei ihrer Arbeit. Es sei angedacht, dass sie sich zeitnah im Ausschuss vorstellen und über die Arbeit berichten.

Frau Dr. Opterbeck berichtet, dass man in Vorhalle die Zweigstelle der Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche eröffnet habe. In der nächsten Woche finde - natürlich unter Corona-Bedingungen - die offizielle Einweihung statt.

Außerdem sei es zusätzlich gelungen, trotz der erschwerten Bedingungen unter der Corona-Pandemie, an mehreren Grundschulen gruppentherapeutische Angebote zu installieren und erreiche damit über sechzig Familien, die sonst den Weg in das Beratungszentrum nicht gefunden hätten. Das sei ihrer Meinung nach ein gutes Ergebnis.